

Angesichts der Krise an den internationalen Finanzmärkten und der damit einhergehenden ökonomischen Krise ist die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft heute in aller Munde. Auf der einen Seite wird die derzeitige Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft kritisiert, auf der anderen Seite wird vielfach die Forderung erhoben, an der Sozialen Marktwirtschaft und ihren Prinzipien festzuhalten, wenn auch die konkreten Vorstellungen darüber weit auseinandergehen. Über diese grundsätzliche Frage hinaus wird angesichts von umfangreichen Konjunkturprogrammen, hohen Subventionen und der Diskussion um Verstaatlichung systemrelevanter Unternehmen intensiv diskutiert, inwieweit diese aktuellen Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft in Einklang zu bringen sind.

Die momentane Krise hat damit eine breite und grundlegende gesellschaftliche Debatte über die Wirtschaftsordnung angeregt: Die Soziale Marktwirtschaft steht auf dem Prüfstand. Stellt diese tief greifende Krise das wirtschaftliche Erfolgsmodell der Bundesrepublik, die Soziale Marktwirtschaft, an sich infrage? Die Idee der Sozialen Marktwirtschaft hatte vor sechzig Jahren gute Startvoraussetzungen, sodass Erhards Maxime „Wohlstand für alle“ in der frühen Bundesrepublik tatsächlich umgesetzt werden konnte. Aber können wir mit ihr auch die gegenwärtigen Herausforderun-

gen einer nicht mehr für möglich geglaubten weltweiten Rezession meistern? Eine grundsätzliche Prüfung der Sozialen Marktwirtschaft ist daher berechtigt und angebracht. Sie bietet einerseits die Chance zu einer Rückbesinnung auf ihre Prinzipien und ermöglicht andererseits einen gestaltenden Blick nach vorn. Die Soziale Marktwirtschaft ist vor allem aber auch ein Zivilisationsprodukt, dessen Ausgangspunkt im Grunde das christliche Verständnis vom Menschen ist. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Sozialen Marktwirtschaft bedarf deshalb auch einer Vergewisserung ihrer wertmäßigen Grundlagen.

Ebenbild Gottes

Kulturelle Voraussetzung der Sozialen Marktwirtschaft ist das christliche Menschenbild. Nach dem christlichen Verständnis ist der Mensch zuallererst durch seine Gottebenbildlichkeit gekennzeichnet, aus der sich seine unveräußerliche und unteilbare Würde ableitet. In dieser personalen Würde gründet die Freiheit des Menschen, die ohne sittliche Verantwortung unmöglich ist. Freiheit wird so zum zentralen Element des christlichen Verständnisses vom Menschen. Papst Johannes Paul II. sah in ihr sogar die Wurzel seiner Sozialverkündigung. Als Person ist der Mensch ein moralisches Subjekt, das Verantwortung für das eigene Handeln trägt und in Verantwortung für seine Mitmenschen steht. Er ist ein individuelles und soziales Wesen und steht somit im Spannungsfeld von Personalität

und Sozialität. Insofern gehören im christlichen Menschenbild Freiheit und soziale Verpflichtung, persönliche Verantwortung und Solidarität untrennbar zusammen. Das spiegeln auch die Grundprinzipien der Katholischen Soziallehre wider: Das Personalitätsprinzip bildet das Fundament, aus dem sich die Sozialprinzipien Solidarität und Subsidiarität ableiten. Diese Ordnungsprinzipien bilden wiederum Leitlinien für die Gestaltung einer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, in deren Mittelpunkt der Mensch steht: Ein starker Staat, der im Sinne der Katholischen Soziallehre notwendig ist, muss gemäß dem Solidaritätsprinzip die Interessen aller wahren, er ist am Gemeinwohl orientiert. Zugleich soll er, dem Subsidiaritätsprinzip entsprechend, dem Einzelnen, den Familien und gesellschaftlichen Gruppen ein Höchstmaß an Kompetenz und Handlungsspielraum geben, deren Selbstbestimmungsrecht nicht beschneiden und Eigenverantwortung einfordern und ermöglichen.

Die Wahrung der Freiheit und Würde des Menschen spiegelt sich auch im Ordnungssystem der Wirtschaft wider. Daher ist es unerlässlich, die Würde der menschlichen Person auch im Wirtschaftsleben zu achten und zu fördern. Ziel allen wirtschaftlichen Handelns ist das Wohl des Menschen. Will wirtschaftliches Handeln erfolgreich sein, muss es nach Effizienz streben; dennoch erschöpft es sich darin nicht, sondern zielt noch grundlegender auf die dauernde und gesicherte Schaffung der materiellen Voraussetzungen, die dem Einzelnen eine menschenwürdige Entfaltung ermöglichen. Wirtschaftliches Handeln ist eben kein Selbstzweck. Deshalb begnügt sich die kirchliche Soziallehre auch nicht mit dem Ziel eines möglichst hohen Wirtschaftswachstums. Wirtschaft und Gesellschaft sollen nicht nur effizient, sie sollen auch gerecht sein. Im Sinne des christlichen Menschenbildes leitet sich auch

das Grundprinzip der Gerechtigkeit als unbedingte Forderung direkt aus der Würde des Menschen ab.

Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft

Auch die Gründungsväter der Sozialen Marktwirtschaft waren vom christlichen Menschenbild geprägt. Viele dieser geistigen Väter wie Franz Böhm, Constantin von Dietze, Walter Eucken, Wilhelm Röpke oder Alexander Rüstow handelten aus christlicher Überzeugung heraus und haben zentrale christliche Werte in ihre Vorstellung von der Sozialen Marktwirtschaft eingebracht. Unter ihnen hat Alfred Müller-Armack wie kaum ein anderer den Zusammenhang zwischen Religion und ökonomischen Ordnungen untersucht. Müller-Armack hebt den Rang des religiösen Bekenntnisses außerordentlich hervor und geht dabei weit über Max Weber hinaus, der die Religion als einen unter mehreren Faktoren gesellschaftlicher Dynamik zu begreifen versucht. Eine wirtschaftliche Erneuerung war für Müller-Armack ohne eine Wiederbelebung des Glaubens nicht möglich.

Im Grundsatz ist die Soziale Marktwirtschaft vom Leitbild eines dritten Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zwischen freier Marktwirtschaft und Planwirtschaft geprägt. Vor diesem Hintergrund schafft sie eine Synthese von wirtschaftlicher Freiheit einerseits und sozialer Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit andererseits. Ludwig Erhard sah den Sinn dieser wirtschaftlichen Ordnung darin, „das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs und der sittlichen Verantwortung jedes einzelnen dem Ganzen gegenüber zu verbinden“. Damit ist das *Soziale* in der Sozialen Marktwirtschaft keineswegs nur ein Anhängsel, wie häufig behauptet, sondern ein konstitutives Element dieses Ordnungskonzepts. Zum anderen bringt Erhards Definition zum Ausdruck, dass

die Soziale Marktwirtschaft einer moralischen Grundhaltung der Akteure bedarf. Freiheit, so Ludwig Erhard, dürfe nicht „zu einem Götzendienst werden, ohne Verantwortung, ohne Bindung, ohne Wurzeln“. Freiheit muss insofern immer mit Verantwortung korrespondieren und erfährt dort ihre Begrenzung, wo sie die Rechte und Freiheit anderer einschränkt. Eine solche verantwortete Freiheit entfaltet eben keine destruktive Wirkung, sondern wird als Verbindung von Effizienz und Gemeinwohl immer eine positive Dynamik auslösen.

Insgesamt zielt das Wirtschaftssystem der Sozialen Marktwirtschaft darauf ab, den Gesellschaftsmitgliedern Freiheit, Fortschritt, sozialen Ausgleich und Gerechtigkeit sowie Sicherheit zu ermöglichen. Vorzug der Sozialen Marktwirtschaft ist dabei, dass sie keine starre Wirtschaftsordnung, sondern vielmehr einen Prozess des ständigen Ausbalancierens darstellt und sich damit den sich wandelnden Gegebenheiten anpassen kann. Trotz dieser Wandlungsfähigkeit ist die Soziale Marktwirtschaft auf ihrem Fundament von Werten und Prinzipien aber keineswegs beliebig. Gerade weil sie vielfältig anpassungsfähig ist, kann sie ohne nachhaltige Prinzipien nicht gedacht werden.

Katholische Soziallehre und Wirtschaftsordnung

Nicht nur das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft zielt auf eine Wirtschaftsordnung zwischen ungezügelmtem Liberalismus und einem wirtschaftslenkenden Sozialismus; auch die katholische Sozialverkündigung hat lange nach einem Weg zwischen diesen beiden wirtschaftspolitischen Polen gesucht. Zwar war das Verhältnis zwischen Katholischer Soziallehre und dem im Verdacht des Wirtschaftsliberalismus stehenden Ordoliberalismus zunächst spannungsreich. Doch bereits mit dem bedeutenden

Sozialethiker Kardinal Joseph Höffner, der selbst ein Schüler Walter Euckens war, hat die Soziale Marktwirtschaft eine positive Würdigung durch die Katholische Soziallehre erfahren. Spätestens jedoch mit der Sozialenzyklika *Centesimus annus* von Papst Johannes Paul II. aus dem Jahr 1991, einem Meilenstein in der Diskussion der Katholischen Soziallehre über das rechte Wirtschaftssystem, fand eine entscheidende Annäherung der kirchlichen Sozialverkündigung an das Wirtschaftskonzept der Sozialen Marktwirtschaft statt.

Angesichts des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der kommunistischen Regime in den osteuropäischen Staaten ist Johannes Paul II. der Frage nachgegangen, ob sich nach dem Scheitern des Kommunismus der Kapitalismus als Gesellschafts- und Wirtschaftssystem durchsetzen sollte. Seine Antwort fällt differenziert aus: „Wird mit ‚Kapitalismus‘ ein Wirtschaftssystem bezeichnet, das die grundlegende und positive Rolle des Unternehmens, des Marktes, des Privateigentums und der daraus folgenden Verantwortung für die Produktionsmittel, der freien Kreativität des Menschen im Bereich der Wirtschaft anerkennt, ist die Antwort sicher positiv. Vielleicht wäre es passender, von ‚Unternehmenswirtschaft‘ oder ‚Marktwirtschaft‘ oder einfach ‚freier Wirtschaft‘ zu sprechen. Wird aber unter ‚Kapitalismus‘ ein System verstanden, in dem die wirtschaftliche Freiheit nicht in eine feste Rechtsordnung eingebunden ist, die sie in den Dienst der vollen menschlichen Freiheit stellt und sie als eine besondere Dimension dieser Freiheit mit ihrem ethischen und religiösen Mittelpunkt ansieht, dann ist die Antwort ebenso entschieden negativ.“ Johannes Paul II. nimmt damit nicht nur eine positive Bewertung der Sozialen Marktwirtschaft vor, sondern schiebt mit seiner Präzisierung des Kapitalismusbegriffs auch einem undifferenzierten Sprechen

von Sozialer Marktwirtschaft als einem Synonym für Kapitalismus einen Riegel vor.

Insgesamt befürwortet *Centesimus annus* ein Wirtschaftssystem, das die grundlegende und positive Rolle des Marktes, des Privateigentums, der freien Kreativität des Menschen im Bereich der Wirtschaft anerkennt. Johannes Paul II. fordert eine Gesellschaftsordnung, in der der freie Markt „von den sozialen Kräften und vom Staat in angemessener Weise kontrolliert [wird], um die Grundbedürfnisse der Gesellschaft zu gewährleisten“. Der Markt muss also in einen ordnungspolitischen Rahmen eingebunden sein und dem Gemeinwohl dienen. Dies sind die entscheidenden Prämissen, die eine positive Würdigung der Sozialen Marktwirtschaft ermöglichen. Mit der Akzeptanz des freien Marktes geht auch die Akzeptanz des Wettbewerbs einher. Dies kann durchaus als ein Novum in der Sozialverkündigung betrachtet werden. Denn die früheren Enzykliken, insbesondere die Enzyklika *Quadragesimo anno* Papst Pius' XI. von 1931, standen dem Wettbewerbsprinzip eher ablehnend gegenüber – nicht so sehr hinsichtlich seiner binnenökonomischen Bedeutung, sondern vor allem wegen der Gefahr seiner Ausweitung zu einer gesamtgesellschaftlichen Grundhaltung.

Nach Maßgabe der Katholischen Soziallehre gehört also zu einem Ordnungsrahmen für den Wettbewerb die Orientierung am Gemeinwohl, was auch den sozialen Ausgleich einschließt. Der freie Markt ist nun einmal blind für Menschen, die vom Marktgeschehen ausgeschlossen sind. Die Marktwirtschaft muss grundlegend sozial ausgerichtet sein, damit in ihr nicht nur Freiheit, sondern auch Solidarität und soziale Gerechtigkeit als Teilhabegerechtigkeit zum Zuge kommen. Auch hier zeigt sich eine Übereinstimmung mit der Sozialen Marktwirtschaft, die nach Alfred Müller-Armack auf die

Ziele Freiheit und soziale Gerechtigkeit verpflichtet ist. Gleichzeitig warnt Papst Johannes Paul II. vor einem ausufernden Wohlfahrtsstaat, da er die Gesellschaft ihrer Kompetenzen und ihrer Verantwortung beraubt. Er folgt mit dieser Interpretation dem Subsidiaritätsprinzip der Katholischen Soziallehre, das auch für die Soziale Marktwirtschaft konstitutiv ist.

Mit der wirtschaftlichen Ordnung beschäftigt sich die Kirche aber nicht aus wirtschaftstheoretischem Interesse, sondern weil es ihr um den Menschen geht. Sie stellt sich vor dem Hintergrund ihres politisch-diakonischen Auftrags diesen Fragen. Sie kann und will jedoch keine konkreten Wirtschaftsmodelle vorlegen. „Die gerechte Gesellschaft“, so hat es Papst Benedikt XVI. in seiner Enzyklika *Deus caritas est* formuliert, „kann nicht das Werk der Kirche sein, sondern muss von der Politik geschaffen werden.“ Die Kirche versteht sich vielmehr als Partner im Dialog über die Grundlagen einer gerechten und menschenwürdigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung und bietet Orientierungen und Maßstäbe an, auf deren Basis sie die jeweiligen gesellschaftlichen und ökonomischen Realitäten einer kritischen Bewertung unterzieht.

Antwort auf die Krise

Diese Maßstäbe gelten insbesondere, wenn angesichts der aktuellen Krise die Wirtschaftsordnung infrage gestellt wird. Häufig wird dabei eine grundsätzlich stärkere Ordnungsfunktion des Staates gefordert. Doch die gegenwärtige Krise ist keine Krise der Sozialen Marktwirtschaft. Sie ist vielmehr das Ergebnis einer Vernachlässigung und Verletzung entscheidender marktwirtschaftlicher Prinzipien. Es handelt sich also nicht um eine Krise *des* Systems, sondern um eine Krise *im* System. Freiheit, Verantwortung und Ordnung sind aus dem Gleichgewicht geraten. Wir brauchen deshalb eine Renais-

sance der Sozialen Marktwirtschaft und eine Rückbesinnung auf ihre Prinzipien.

Es handelt sich aber auch um eine moralische Krise. Deshalb müssen wir wieder erkennen, dass eine gute und gerechte Rahmenordnung allein kein moralisches Handeln garantiert. Im Gegenteil: Ethische Intentionen prägen die ständig erforderliche Arbeit an der Rahmenordnung. Aber auch im Markt selbst ist Moral vonnöten. „Der Markt braucht Regeln und Moral“, so hat es Bundespräsident Horst Köhler in seiner Berliner Rede im März 2009 auf den Punkt gebracht. Hier wird noch einmal das Zitat Ludwig Erhards relevant, dass die Soziale Marktwirtschaft nicht nur Wettbewerb und soziale Gerechtigkeit in Ausgleich bringt, sondern beides untrennbar mit der „sittlichen Verantwortung jedes einzelnen“ verbunden ist.

Die Soziale Marktwirtschaft bedarf also vor allem zweier Dinge: zum einen Akteure im Marktgeschehen, die sich mit ganzer Kraft für ihren Erfolg einsetzen, dabei aber das Wohl aller nicht aus den Augen verlieren, zum anderen eines starken Staates, der seine eigentliche Aufgabe wahrnimmt, dem Markt eine Ordnung zu geben und zu überwachen, ohne eigene Marktinteressen zu verfolgen und selbst als Marktakteur mitmischen zu wollen. Die Idee der Ordnungspolitik bedeutet also, Rahmenbedingungen für die freie Entfaltung des Einzelnen zu setzen und einem Auseinanderdriften von Freiheit und Verantwortung entgegenzuwirken.

Im Lichte des weltweiten Ausmaßes der Krise wird deutlich, dass die Freiheit auch auf internationaler Ebene eines ordnenden Rahmens bedarf. Die gegenwärtige Situation an den internationalen Finanzmärkten und Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben klar gezeigt: Globale Probleme brauchen globale Lösungen. Gerade weil die Globalisierung kein Naturereignis ist, sondern ein Prozess, der von Menschen ausgestaltet werden kann und muss, ist in Zukunft eine welt-

weite Ordnungspolitik erforderlich. Sie muss darauf abzielen, die positiven Auswirkungen der Globalisierung zu unterstützen und die negativen einzuschränken. Alle staatlichen und gesellschaftlichen Akteure stehen in der Pflicht, Verantwortung für diese Herausforderung zu übernehmen.

Die weltweite Krise fordert uns heraus, gemeinsam die Gleise für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung zu legen. Dieser Aufgabe dürfen wir nicht ausweichen – gerade angesichts des verheerenden Ausmaßes der Krise. Dazu ist zunächst eine globale Kultur der Solidarität erforderlich. Der G20-Gipfel zur Weltfinanzkrise im April 2009 hat verdeutlicht, dass die Staaten nur gemeinsam Lösungen realisieren können. Die Form der Zusammenarbeit muss gewiss noch optimiert werden, um politisch wirksam zu sein. Dabei können sicherlich bereits vorhandene internationale Organisationen wie die Welthandelsorganisation, der Internationale Währungsfonds oder die Weltbank eine wichtige Rolle spielen. Zur Lösung der epochalen Aufgabe, eine globale Ordnungspolitik im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft zu entwickeln, werden vor allem aber auch Europa und die transatlantische Wertegemeinschaft einen besonderen Beitrag leisten müssen.

Mehr als eine Wirtschaftsordnung

Diese besondere Aufgabe fällt ihnen deshalb zu, weil es bei der internationalen Durchsetzung einer Sozialen Marktwirtschaft nicht nur um ein Wirtschaftssystem geht. Denn mit ihr ist ein Gesellschaftsmodell verbunden, das auf abendländischen Grundwerten basiert. Der Idee der Sozialen Marktwirtschaft auf internationaler Ebene zum Durchbruch zu verhelfen bedeutet also, eine globale wirtschaftliche Ordnung zu etablieren, die auf grundlegenden Werten basiert, die dem christlichen Menschenbild entsprechen, aber universal einsichtig sind.

Diese Werte und Grundsätze sind für Nichtgläubige und Gläubige gleichermaßen zugänglich. Dann werden sie ein tragfähiges Fundament bilden können. Menschenwürde, Gerechtigkeit, Solidarität, Subsidiarität, Verantwortlichkeit und Teilhabe sind Grundsätze, die viele Menschen in der ganzen Welt teilen. Die katholische Kirche wird sich auch in Zukunft global für eine solche Ordnung einsetzen, wie sie der Katholischen Soziallehre entspricht.

Die Soziale Marktwirtschaft ist mit ihrem Wertfundament mehr als eine Wirtschaftsordnung; sie bezieht vielmehr politische und soziale Ziele in ihr Konzept mit ein und entfaltet eine gesellschaftsprägende Wirkung. Sie bildet ein offenes Gefüge von wirtschaftlichen Verhaltensweisen, gesellschaftlichen Regeln und staatlichem Handeln. Deshalb ist es folgerichtig, dass die geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft neben der ethischen Dimension wirtschaftlichen Handelns auch auf die Zusammenhänge zwischen individuellem Streben und sozialer Verantwortung, Privateigentum und seiner Sozialpflichtigkeit, vor allem aber auch zwischen Sozialer Marktwirtschaft und Demokratie hingewiesen haben. Während aus dem unterschiedlichen ökonomischen Erfolg der Marktakteure wirtschaftliche Ungleichheit erwächst, basiert das demokratische System auf der politischen Gleichheit der Bürger. Genau hierin spiegelt sich das christliche Menschenbild wider, das einerseits von der gleichen Würde aller Menschen ausgeht, andererseits jeden Einzelnen verpflichtet, individuelle Begabungen einzubringen, wodurch unweigerlich Ungleichheit entsteht. Diese mehrdimensionale, fruchtbare Spannung durch sozialen Ausgleich zu halten ist gesellschaftlicher Auftrag und kulturelle Leistung der Sozialen Marktwirtschaft zugleich.

Die Grundkonzeption der Sozialen Marktwirtschaft zeigt, dass recht verstandenes wirtschaftliches Handeln immer eine ethische Dimension hat. Verantwortungslose Freiheit und mangelnde Orientierung an den Tugenden bringen die Soziale Marktwirtschaft – und damit auch ihre friedensstiftende Idee – unweigerlich zum Scheitern. Im Gemeinsamen Wort *Demokratie braucht Tugenden* haben Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland mit Blick auf das demokratische System festgestellt: „Die Vorstellung, in einer Ordnung der Freiheit könne jeder ohne Rücksicht auf das Ganze seinen Interessen nachgehen, weil die Regeln aus eigener Kraft im Stande seien, einen vernünftigen Ausgleich zu bewirken, ist zwar weit verbreitet [...]. Aber sie ist illusionär. Freiheitliche Institutionen, so klug sie auch entworfen sein mögen, können nicht aus sich heraus das notwendige Minimum an Gemeinwohlorientierung [...] gewährleisten.“ Ebenso verpflichtet die Soziale Marktwirtschaft die Marktakteure zu persönlicher Verantwortung und moralischem Handeln. Sie tragen auch als Bürger Verantwortung für die Ausgestaltung der Rahmenordnung. Ihre moralische Sensibilität ist notwendig, um Strukturen zu benennen und aufzuheben, die ethisch fragwürdig sind und das Gemeinwohl gefährden. Die Soziale Marktwirtschaft braucht deshalb Bürgerinnen und Bürger, die in Freiheit Verantwortung in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat übernehmen. Nicht nur Demokratie, auch Soziale Marktwirtschaft braucht Tugenden! Damit wird vor allem aber auch deutlich, dass die Soziale Marktwirtschaft – genauso wie es Ernst-Wolfgang Böckenförde für die freiheitlich-demokratische Grundordnung formuliert hat – von Voraussetzungen lebt, die sie selbst nicht schaffen und garantieren kann.